

Ernst Grube, Überlebender der Shoah, Präsident der Lagergemeinschaft Dachau e.V., langjähriges Mitglied der VVN/BdA e.grube@gmx.net

Beitrag anlässlich der Projektvorstellung Ausstellung „Antisemitismus kritische Bildung...“ an der LMU am 15. Juli 2025

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,
vielen Dank für die Einladung zur Präsentation der ersten Ergebnisse Ihrer Arbeit mit der Ausstellung zu „Antisemitismus kritischer Bildung“ an Mittelschulen in München.

1.

Sie haben mich als „Zeitzeugen“ angekündigt. Das ist eine Zuschreibung von außen, die ich einerseits annehmen kann und dann jedoch gleich erweitern und für mich genauer bestimmen möchte.

Ich lebe mit meinem Verfolgungsschicksal als Jude und selbstverständlich bezeuge ich das, allerdings immer in der Gegenwart.

Die persönliche Forschung bzgl. der historischen Vorgänge und das Nachdenken, erneute Einordnen, Ergänzen durch Neues, was ich über meine Verwandtschaft und deren Verfolgung heraus finde, dauert an. Genauso wie mein Einsatz zur Verteidigung der Errungenschaften der Befreiung von Faschismus und Krieg.

Der Begriff „Zeitzeuge“ kann ein sehr distanzierendes Verhältnis zu vergangenem und gegenwärtigem Erleben nahelegen. So war und ist es nie bei mir.

Die Vorgänge in den 1950er Jahren, als ich unter dem damals herrschenden Antikommunismus, der Wiederkehr und Integration der alten Nazis in wichtige Ämter der bundesdeutschen Behörden, eine zweite Verfolgung als politisch engagierter Überlebender der Shoah erleben musste, gehört auch zu meiner Zeugenschaft.

Daran besteht jedoch nicht viel Interesse.

Unter anderem musste ich eine zweimalige Gefängnishaft, auch in Isolationshaft, erleben. Mir widerfuhr dies als Überlebender des Naziterrors und der Vernichtungspolitik, dem bewusst geworden war, dass die gesamte engere Verwandtschaft der Mutter, deren drei Schwestern, Ehemänner, Cousins und Cousinen in die von der Wehrmacht eroberten und besetzten Gebieten in den Osten deportiert und dort ermordet worden waren.

dem klar war, dass der rassistische Eroberungs- und Raubkrieg im Osten, der Überfall auf Polen, die Sowjetunion und viele ost- und südeuropäische Staaten durch die Wehrmacht maßgeblich Voraussetzungen für den Holocaust und andere Menschheitsverbrechen waren.

Ich bin auch Zeuge
einer Zeit,

in der mit den alten Wehrmachtsgenerälen die Bundeswehr wieder aufgebaut wurde und diese NS-Kriegsverbrecher auch noch die geforderte Ehrenerklärung der Adenauerregierung erhielten,

einer Zeit,

in der durch mehrere Amnestiewellen der Adenauerregierung für Nazitäter in erheblichem Ausmaß das alte Personal wieder in Funktionen gebracht wurde.

1959 wurde ich wegen „Zuwiderhandlung gegen das Verbot der KPD“ und angeblicher „Geheimbündelei mit staatsgefährdender Absicht“ zusammen mit fünf Angeklagten, die meisten davon waren bereits im Widerstand gegen die Nazis aktiv gewesen, zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Wir hatten eine Flugblatt-Aktion gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik geplant. Die Mehrheit der fünf Richter des Bundesgerichtshofs im Prozess gegen uns waren NS-belastet, darunter auch der Vorsitzende des zuständigen Senats, Kurt Weber.

Art. 5, 8 und 9 des GG – Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit sowie Vereinigungsfreiheit – galten für uns nicht.

Von Fritz Bauer, dem ehemals verfolgten sozialdemokratischen Juden und Juristen, der nach 1945 hartnäckig an der Aufdeckung und juristischen Aufarbeitung von Naziverbrechen arbeitete und dabei auf alte Naziseilschaften traf, die seine Bemühungen behinderten, ist folgende Charakterisierung der damaligen juristischen Landschaft überliefert: „Wenn ich mein Arbeitszimmer verlasse, betrete ich Feindesland.“

Die neue Studie von Stefanie Schüler-Springorum, Direktorin des Zentrums für Antisemitismusforschung an der TU Berlin, über diesen Abschnitt der bundesdeutschen Geschichte trägt die Überschrift :

Verfolgte des Nationalsozialismus nach 1945 – ausgegrenzt und unerwünscht.

Aktuell bin ich – wie Sie alle – Zeuge einer Entwicklung in unserem Land, die die Errungenschaften der Befreiung von Faschismus und Krieg stark gefährdet.

Denken Sie nur an die Aushöhlung des Asylrechts und

die rasante, extrem rechte Formierung,

die fehlende oder nur schwache Gegenwehr,

die Duldung und Unterstützung von verheerenden Kriegsverbrechen und

die Missachtung des grundlegenden humanitären Völkerrechts durch unsere gegenwärtige Regierung.

Wir alle sind Zeugen dieser Entwicklung und haben Verantwortung!

2.

Zurück zu dem Projekt, das Sie uns heute vorstellen.

Was mich besonders anspricht, ist die von Ihnen ausgesuchte Zielgruppe von Jugendlichen, die in die Mittelschule gehen und wie so häufig, aufgrund ihrer Herkunft selbst vielfältige Diskriminierungen erleben müssen, was ihren weiteren Lebensweg und ihre gesellschaftliche Teilhabe gravierend einschränkt.

Vor über einem Jahr war ich von einem Lehrer, der selbst eine türkische-kurdische Migrationsgeschichte hat, bei einer Lehrerfortbildung gebeten worden, an seine Mittelschule zu kommen.

An die Otto – Schwerdt – Mittelschule in Regensburg, die nach dem polnisch-deutschen Shoah Überlebenden und langjährigen Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde, Otto Schwerdt, benannt ist. Der Anteil der Jugendlichen mit Migrationsgeschichte beträgt dort über 70 %. Asylunterkünfte liegen im Umfeld, viele Migranten und ärmere Menschen wohnen in diesem Stadtteil. Beim Besuch der ca. 80 Schüler:innen in der Aula erlebten wir, dass eine sehr interaktive Gesprächsform mit vielfältigem Input gestaltet worden war. Es kamen sehr viele Schüler:innen mit vorab erarbeiteten Fragen und Beiträgen zu Wort. Diese zielten auf mein Erleben von Ausgrenzungssituationen, wie ich meinen Mut und meine Kraft dennoch nicht verloren habe, warum meine Familie nicht ausgewandert ist?.....

Zuvor hatte der Rektor in seiner Begrüßung betont, dass er und seine Kolleg:innen bei der intensiven Vorbereitung mit den oberen Klassen, von so vielen Anfeindungen, denen die Schüler:innen selbst aktuell ausgesetzt sind, erfahren haben.

Dass ihre SchülerInnen Rassismus erleben, sei ihnen schon klar gewesen, aber in diesem Ausmaß sei das bestürzend.

Die SZ schrieb vor 3 Monaten: „Rekord bei Straftaten gegen Migranten“. (SZ 22.04.2025) (Die Auskunft des Innenministeriums stützt sich auf Zahlen von 2024 und macht einen rasanten Anstieg seit 2022 um ca. 70 % deutlich.) Darunter seien auch gehäuft Straftaten, die sich explizit gegen Menschen richten, die aus einem anderen Land nach Deutschland geflüchtet sind und hier eines besonderen Schutzes bedürften. Kurz darauf meldete die SZ am 28.04.25, dass insbesondere islamfeindliche Straftaten zunehmen.

Wir wissen auch, dass homosexuelle und queere Menschen seit einiger Zeit verstärkt angegriffen und herabgewürdigt werden, und dass der Antiziganismus weiter anhält!

Wir erleben, wie in dieser Bedrohungslage die Bundestagspräsidentin Klöckner unter dem Vorwand von „Neutralität“ die Solidarität von höchster Stelle unterbindet.

Wir wissen, dass diese Diffamierungen nicht nur an Stammtischen und in Bierzelten bei johlendem Publikum zu finden sind, sondern Politiker in Regierungsverantwortung rassistische Erzählungen produzieren, um im Windschatten der AfD vermeintlich Vorteile heraus zu holen.

Diskriminierung ist immer konkret und wer dem entgegenzutreten will, sollte auch konkret aussprechen, welche Menschengruppen herabgesetzt, angefeindet, zu „Gefährdungen“ und Feinden gemacht werden und sich schützend vor diese Menschen und die damit pauschal verdächtigten Menschengruppen stellen.

Lesen sie den Artikel des renommierten Psychoanalytikers Wolfgang Schmidbauer in der letzten Ausgabe von Chrismon, der Zeitungsbeilage der SZ vom 30. Juni 2025.

**„Asylbewerber vor allem als Gefährder zu sehen, schützt die Bevölkerung nicht vor Terror Tätern
„– sagt der Psychoanalytiker Wolfgang Schmidbauer.**

Als Präsident der Lagergemeinschaft Dachau e.V. verletzt es mich sehr, dass der Vizepräsident der USA, JD Vance, der die Proud Boys, (eine faschistische Truppe, die das Kapitol erstürmte,) unterstützt, eine ehrenhafte Führung durch die Gedenkstätte Dachau bekam und andere Besucher dafür ausgeschlossen wurden.

Nur wenn wir konkret jegliche antisemitischen, rassistischen Aussagen und jede andere Menschenverachtung und Faktenverzerrung zurückweisen, können wir glaubwürdig die Aufmerksamkeit für antisemitische Klischees und Ressentiments einfordern und vorankommen bei einer an Menschenrechten orientierten Bildung.

Das Vorbild wirkt stärker als Worte!

Daher begrüße ich es sehr, wenn sich solche Antisemitismus und Rassismus kritischen Bildungsprojekte und Initiativen verstärkt den Jugendlichen zuwenden, die aufgrund ihrer sozialen Lage und Herkunft weniger Chancen haben, sich mit historischen Fakten unter qualifizierter Anleitung zu befassen.

Oftmals sind diese Jugendlichen einer zunehmenden Verarmung, der damit einhergehenden Verachtung und Diffamierung ausgesetzt und auch aus diesen Gründen für Ressentiments anfällig.

Ich wünsche mir, dass noch viele Menschen aus den unterschiedlichen NS-Verfolgten Gruppen, ein Gesicht, eine Stimme bekommen, so dass sich ihre notwendige gesellschaftliche Anerkennung auch in der Bildung widerspiegelt. Und dass daraus Impulse für unsere heutigen Aufgaben kommen. Ich wünsche mir, dass in unserer Bildungsarbeit die Menschenrechte und die UNO Charta, verstärkt durch die Erinnerung an die Aussage aus dem 5. Flugblatt der Weißen Rose, eine Rolle spielen.

„Jeder einzelne, jedes Volk hat ein Recht auf die Güter dieser Erde.“

Menschenrechte gelten für alle Menschen.